

Wirtschaft will das Visionarum

Behörden legen Stellungnahmen zum Thema Einsparungen vor

Von unserem Redakteur
Michael Brandt

BREMEN. Am Sonntag kommt es im Rathaus zu einer ungewöhnlichen Prozedur. Während der Koalitionsausschuss tagt, um weitere Sparbeschlüsse zu fällen, sollen nach und nach die Senatoren ihre Stellungnahmen zu den geplanten Einschnitten abgeben. Beobachter vergleichen das Vorgehen mit einem Gerichtsverfahren, bei dem die Zeugen einzeln vorgeladen werden. Erste Details der behördlichen Stellungnahmen wurden bereits jetzt bekannt.

Inneres: Senator Thomas Röwekamp (CDU) ist, so ist der Stellungnahme seines Hauses zu entnehmen, nicht mit den Koalitionsbeschlüssen zum Thema Polizeianwärter einverstanden. Wie berichtet, hatte der Koalitionsausschuss entschieden, Polizeianwärter nicht zu übernehmen. Dies hätte, so das Papier aus dem Innenressort, die Entlassung von 70 Beamten zur Folge. Inneres schlägt vor, diesen Beschluss zurückzunehmen und die Anwärter in den Dienst zu übernehmen. Dies hätte finanzielle Folgen. Gegenüber den Zielzahlen entstünden voraussichtlich Mehrbedarfe von rund einer Million Euro in 2006 und von 1,4 Millionen Euro in 2007.

Das Standesamt an der Hollerallee kann nach den Vorstellungen der Behörde geräumt und organisatorisch dem Stadtamt zugeschlagen werden. Allerdings plädiert die Röwekamp-Behörde dafür, für Trauungszeremonien einen anderen Standort zu suchen als den wenig repräsentativen Stadtamt-Bau an der Stresemannstraße.

Bau und Umwelt: Senator Jens Eckhoff (CDU) wird den Plan bestätigen, ab der Blüte 2006 Eintritt für den Rhododendronpark in Horn-Lehe zu nehmen, jeweils von Ende April bis Mitte Juni. Davon erhoffen sich die Planer offenbar Einnahmen von 500 000 Euro jährlich, wobei der Park Bewirtschaftungskosten von rund drei Millionen pro Jahr verschlinge. Die Dauerkarte für den Park soll nur ungefähr so teuer sein wie zwei Einzeltickets.

Im Umweltressort soll das Personal bis 2008 von derzeit rund 100 Personen um weitere zehn Prozent reduziert werden.

Bildung: Senator Willi Lemke (SPD) legt eine Stellungnahme vor, der zu entnehmen ist, dass nach der derzeitigen Beschlusslage zusammen mit der Altersteilzeit bis 2009 über 600 Lehrer-Vollzeitstellen abgebaut würden. „Eine so gravierende Reduzierung des aktiven Personalbestandes der öffentlichen Schulen ist nicht zu realisieren“, heißt



Die Baubehörde rechnet mit jährlichen Mehreinnahmen von 500 000 Euro, wenn während der Blüte Eintritt im Rhododendron-Park genommen wird.

es. Deshalb schlägt das Ressort vor, die Personaleinsparung (die so genannte PEP-Quote) für das Haus zu verändern und beispielsweise in 2009 104 Lehrkräfte mehr zu beschäftigen als ursprünglich vorgesehen.

Bei der Lernmittelfreiheit soll sich Bremen am Nachbarn Niedersachsen orientieren. Heißt grob: Die Eltern müssen Verbrauchsmaterialien wie Hefte und Stifte selber zahlen und können entscheiden, ob sie die Bücher ebenfalls für ihren Nachwuchs kaufen oder gegen Entgelt bei der Schule leihen. Eine Sonderregelung soll es für die Bezieher sozialer Leistungen geben.

Wirtschaft: Das Ressort von Bürgermeister Peter Gloystein (CDU) empfiehlt, am umstrittenen „Visionarum Future Center“ festzuhalten. Bisher sollte der öffentliche Zuschuss bei über 33 Millionen Euro liegen, jetzt sei dieser Posten auf 24,6 Millionen Euro reduziert worden, heißt es in der Gloystein-Stellungnahme.

Die Behörde will an der Gewerbeflächenpolitik festhalten und auch in den kommenden Jahren neue Areale erschließen, zum Beispiel in der Überseestadt und den Science Park in Grohn. Lediglich im GVZ und im Industriepark soll es zunächst keine weiteren Erschließungsmöglichkeiten geben.



Der Innensenator macht sich für die Übernahme aller Polizeianwärter stark.